

Fraktion DIE LINKE - Rede zum Haushalt 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Unger,
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren des Verwaltungsvorstandes,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer.

Der Haushalt ist ausgeglichen - mehr Glück als Planung. Rd. 215 Mio. im Ergebnisplan und rd. 200 Mio. im Finanzplan. Einnahmen und Ausgaben gleichen sich aus. Die Rücklagen müssen nicht angegriffen werden. **Das stimmt uns froh!** So sollte es eigentlich immer sein! Da gehört Gütersloh zu den ganz wenigen Kommunen, denen ein ausgeglichener Haushalt noch oder wieder gelingt.

Damit hört die schöne Fröhlichkeit aber auch schon auf. Man muss fragen, zu welchem Preis ist dieser Haushaltsausgleich erkaufte. Mit rigiden Einsparungen in allen Bereichen. Durch Kürzungen der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Finanzdecke ist denkbar knapp und wird es bleiben. Es reicht hinten und vorne nicht annähernd.

Meine Damen und Herren, das Ende der Fahnenstange ist schon lange erreicht. Mehr sparen geht nicht. Es müssen endlich sichere Einnahmen her.

Da muss **jede** Kommune die Forderung nach einer sicheren, konjunktur**un**abhängigen Einnahmequelle stellen (z. B. einer Gemeindefinanzsteuer). Die Haushalte der Kommunen müssen gegen Konjunkturschwankungen gesichert werden, damit die Kommunen sicher und besser planen können, für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Da sind nach wie vor Bund und Land gefordert, die müssen für eine vernünftige Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Hunderte Milliarden werden für Rettungsschirme ausgegeben, aber nicht etwa für die Rettung Griechenlands, sondern für die Rettung der Banken.

**DIE LINKE fordert hier:
„Wann gibt es endlich einen Rettungsschirm für Kommunen?“.**

Mehr Einnahmen bedeuten nicht etwa, dass die Kommunen mehr Geld zum Fenster hinaus werfen könnten. So reich ist niemand! Aber die Kommunen müssen sich davon lösen, ständig nur den Mangel zu verwalten. Sie müssen wirtschaften können, ohne mit der Angst leben zu müssen, dass das Gespenst der Haushaltssicherung am Horizont auftaucht.

Eine Kommune hat dafür Sorge zu tragen, dass es den Bürgern gut geht und es ihnen an nichts mangle. Denn die Stadt gehört ja schließlich den Bürgern. Diese Bürger dürfen auch Leistungen erwarten.

Die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung und für Investitionen ist sicher sinnvoll und richtig, allerdings müssen da deutliche Grenzen gesteckt werden. 109 Mio. Schulden, das ist ein Wort zum Sonntag.

Kredite für Investitionen 6 Mio.

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung 40 Mio.

Die Stadt hat 109 Mio. aktuelle Schulden.

Diese Schulden müssen kontinuierlich gesenkt und nicht ständig erhöht werden, sonst ist die Stadt irgendwann einmal überschuldet. Hier ist ein Haushaltseckwertebeschluss dringend notwendig.

Es würde Gütersloh auch gut zu Gesichte stehen, die Rücklagen zu erhöhen. In den nächsten Jahren stehen mehrere dringend notwendige Investitionen ins Haus. Sie reichen sicher an den Kostenrahmen eines Theaterneubaues heran. Es sind hier unter vielen anderen Dingen die Feuerwehr und die Stadthalle zu nennen. Nicht vergessen werden dürfen die dringend notwendigen Investitionen in den vorhandenen Gebäude- und Straßenbestand. Mit diesen Kosten dürfen zukünftige Haushalte nicht gesprengt werden.

-Thema Haushaltsplan: Alles in allem ist der Haushaltsplan undurchsichtig und wenig transparent. Das hat sich auch durch Einführung des NKF nicht wesentlich verbessert, eher im Gegenteil. Da werden Posten von einem zum anderen Jahr hin und her verschoben, verschwinden oder tauchen plötzlich auf. Das erschwert die Nachverfolgung.

Der Haushaltsplan ist öffentlich. D. h. jede Bürgerin und jeder Bürger sollte hineinsehen können und herausfinden, wo, wie viel Geld ausgegeben, bzw. eingenommen wird. Und das, ohne erst jemanden fragen zu müssen.

Leider erschließt sich dieses Wissen nur den wenigen Eingeweihten, die damit arbeiten müssen. Für alle Anderen ist der Haushaltsplan ein Buch mit 7 Siegeln. Auch darin begründet sich die geringe Begeisterung bei den Bürgern für einen Bürgerhaushalt.

Besser wäre es, den Haushalt, ähnlich wie ein Ratsinformationssystem, aufzubauen und die Zahlen (z. B. durch Links) mit zusätzlichen Hintergrund-Informationen zu hinterlegen. Die Informationen sind ja vorhanden, man muss sie nur zur Verfügung stellen. Ein Haushaltsplan muss transparent und selbsterklärend sein.

Besonders beschäftigt haben wir uns mit den Kennzahlen. Da haben wir viel Erstaunliches festgestellt. Um hier nur 1 Beispiel zu nennen: Da gibt es **jährlich** mehrere ha an Flächenzuwächsen zu vermelden. Z. B. 5 ha neue Wohnbauflächen, 3,5 ha neue Gewerbeflächen, selbst Grün- und Verkehrsflächen nehmen jedes Jahr stetig zu. Wo kommen diese Flächen her? Wie soll das gehen? (*Anmerk1:wundersame Flächenvermehrung*)

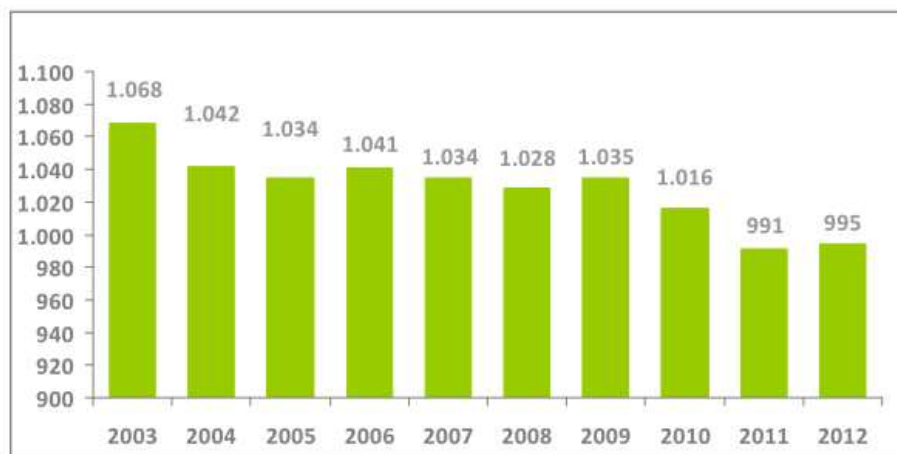
Wie wichtig ist da die Forderung DER LINKEN, endlich ein Gesamtflächenkataster für die Stadt zu erstellen.

+Thema Personal: Personalabbau führt dazu, dass immer mehr Aufgaben nicht mehr von der Kommune ausgeführt werden können. Auch wenn der Personalhaushalt einen Stellenzuwachs von 4 Stellen suggeriert, wird hier wieder massiver Stellenabbau betrieben. Zieht man von den 995 Stellen noch die k.w.-Stellen ab, so kommt man auf eine neue Minimalzahl von 955 Stellen. Dafür werden die Aufgaben der Mitarbeiter immer mehr verdichtet. Personalkosteneinsparung darf nicht zusätzliche Aufgabenverlagerung auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach sich ziehen! Das ist mit DER LINKEN nicht zu machen.

Dieser Stellenabbau muss aufhören. Das sind wir den Bürgern und Mitarbeitern schuldig.

Entwicklung der Stellen

In den letzten 10 Jahren hat sich die Anzahl der Stellen wie folgt entwickelt:



Darüber hinaus sind 39,230 Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen. Somit ist bereits definiert, dass die Gesamtstellenzahl auf 955,291 Stellen verringert werden soll.

Auch hier Beispiele: Geplante Stellenaufhebungen (k.w.-Vermerke)

- 1,00 Stelle EG 11 k.w. Bauleitung
- 1,00 Stelle EG 7 k.w. Handwerker
- 28,210 Stellen EG 2 k.w. **Reinigungskräfte über 30 Stellen**
- 0,24 Stelle EG 3 k.w. **Reinigungskräfte**
- 1,00 Stelle EG 8 k.w. Verwaltung Gebäudereinigung

(Diese Stellenreduzierung ist erst nach deutlicher Verlagerung von Anteilen der Eigenreinigung hin zur Fremdreinigung zu erzielen.)

Eine Umstellung auf Fremdreinigung ist unsozial und geht eindeutig zu Lasten der Reinigungskräfte.

Auch die Kürzung bei den Hausmeisterstellen muss wieder zurück genommen werden. Die Forderung ist hier: „Eine Schule ein Hausmeister“

Der politische Beschluss, bis zum Jahr 2015 10% der Personalkosten einzusparen muss Utopie bleiben, damit die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben.

+Thema Gewerbesteuern: Wichtig ist uns, dass die Gewerbesteuerhebesätze in benachbarten Kommunen annähernd gleich sein müssen, da die wirtschaftlichen Infrastrukturen ja ähnlich sind. Hier muss endlich der Hebesatz-Wettbewerb durch eine gemeinsame interkommunale Zusammenarbeit abgelöst werden. Hier ist mehr Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zu fordern.

-Thema Umweltschutz: Auch der Umweltschutz fällt immer wieder dem Rotstift zum Opfer. Dazu ein Beispiel: **Klärschlamm**. Der ist mit allen möglichen Schwermetallen und Giften belastet. Niemand kann heute eine verlässliche Aussage dazu machen, ob das langfristig die Menschen schädigt. Klärschlamm muss entsorgt werden. Gütersloher Klärschlamm wird weiterhin als „guter Dünger“ auf die Äcker gekippt. Warum? Nur weil ´s billiger ist!

Wie viel eines Tages noch von dem beschlossenen Konzept zur biologischen Vielfalt übrig bleiben wird, muss man abwarten. Wenn sich erst einmal gierige Hände nach den Flächen in und um den Flugplatz ausstrecken, um dort Gewerbe anzusiedeln, bleibt davon nicht viel übrig. Die Bezirksregierung sagt: „Nein“ zu diesen Gewerbeflächen. DIE LINKE sagt ebenfalls nein dazu.

Gerade bei der Straßenbeleuchtung kann ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden. Beispielsweise durch unverzügliche Umrüstung auf LED-Beleuchtung. Darüber hinaus trägt das langfristig zu Einsparungen im Haushalt bei.

+Thema Kultur: DIE LINKE fordert weiterhin, dass der Kreis die Trägerschaft des Theaters übernehmen soll. So könnten wir jedes Jahr mehrere Millionen an Zuschüssen für das Theater einsparen. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind gegeben.

Immer wieder zu beklagen ist, dass weitaus mehr Geld für Theater- und Stadthalle ausgegeben wird, als z. B. für den Jugendkulturring, die Weberei oder andere alternativen Kulturprojekte in Gütersloh.

+Thema Jugend: Positiv zu bewerten ist, dass zwei zusätzliche Tageseinrichtungen für Kinder in Planung sind. Diese Einrichtungen müssen aber in städtischer Trägerschaft bleiben.

Negativ ist uns die schleichende Privatisierung von städt. Spielplätzen aufgefallen. Erst lässt man die Spielplätze verkommen oder baut sie ganz zurück. Wenn die Anwohner sich dann beschweren, ist man großzügig und bietet ihnen die private Patenschaft an. Also bekommen die Bürger wieder einmal weniger Leistungen für ihre Steuern und müssen obendrein noch zusätzliche Kosten tragen. Hässlicher Nebeneffekt dabei ist, dass so natürlich auch noch Gärtnerstellen weg gespart werden.

Familienfreundlich ist unsere Stadt noch lange nicht. Unserem Konzept Innenstadt-Spielräume für Kinder zu schaffen, konnten sie sich nicht anschließen. Das Problem der Kinderarmut, **auch in Gütersloh**, muss leider immer noch als ungelöst angesehen werden.

-Thema Stadtentwicklung: In der Stadtentwicklung sind wir ein Stück weiter gekommen. Erfreulich ist der Lückenschluss am Kolbeplatz.

Für das sogen. „Wellerdiek-Gelände“ sind jetzt die Weichen für einen Planungswettbewerb mit Bürgerbeteiligung gestellt. Den Großinvestoren mit ihren Discounter-Planungen wurde eine klare Absage erteilt. Einen entsprechenden Antrag, den wir im November 2011 gestellt hatten, und der genau die jetzige Entwicklung zum Ziel hatte, haben sie abgelehnt. Um dann, nur wenige Wochen später, genau dies als eigene Ideen zu präsentieren. *(Anmerk2:einfache Arbeit)*

Eine andere wichtige „Baustelle“ in der Stadtplanung, den Konversionsprozess, werden wir weiter aufmerksam und kritisch begleiten. Eine gesicherte Finanz- und Stadtplanung ist hier fast unmöglich.

Besonders wichtig ist dabei aber, dass sozialer, bezahlbarer Wohnraum in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt wird, entsprechend den sich ändernden Bevölkerungsstrukturen.

-Thema Bildung: An der Bildung darf NICHT gespart werden.

Da wird in der Volkshochschule erst eine ganze Stelle eingespart, um uns dann ½ Stelle als Zuwachs zu präsentieren. Das macht immer noch ½ Stelle zu wenig. Kursgebühren von 170,--€ pro Kurs sind zu hoch. Dafür kann man an einer Universität ein ganzes Semester studieren.

Ebenso muss die Stadtbibliothek auf ein dauerhaft sicheres, finanzielles Fundament gestellt werden. Lesen ist ein wichtiger Baustein für eine gute Bildung. Da gilt der alte Spruch „Lesen bildet“. Und gerade sozial schwächere Bevölkerungsschichten sind darauf angewiesen, günstigen Lesestoff bekommen zu können.

+Thema ÖPNV: Ein neues Stadtbuskonzept ist in der Planung. Die Planung muss aber wirkliche Verbesserung für den Bürger bringen. Es muss kurze Taktzeiten geben, zur Verbesserung der Flexibilität. Schüler- und Linienverkehr müssen entkoppelt werden.

Zur Vergünstigung der Fahrkarten nenne ich unseren Antrag vom 10.02.2011 und die Forderungen DER LINKEN nach einem Sozialticket.

Nur durch solche Maßnahmen lässt sich die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den ÖPNV erhöhen.

Aber auch hier droht der Rotstift. Die Gefahr besteht, dass die guten Ansätze eines Stadtbuskonzeptes zu einem Sparkonzept zusammen gestrichen werden.

-Thema Bürgerhaushalt: Der Bürgerhaushalt wird weiter leben. Das ist uns ein besonderes Anliegen. Er wird auch wieder anonym sein. Es gilt hier möglichst viele bürokratische Hürden abzubauen. Das spart Kosten und vereinfacht die Handhabung. Wichtig ist, dass der städt. Haushalt transparenter wird.

Jetzt liegt es an den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie, das in sie gesetzte Vertrauen, auch nutzen und sich aktiv und zahlreich am Bürgerhaushalt beteiligen. Sonst kann dem Bürgerhaushalt leider kein dauerhafter Fortbestand gesichert werden.

Fazit: Voriges Jahr haben wir einen ausgeglichenen Haushalt angemahnt. Einnahmen und Ausgaben müssen sich schließlich die Waage halten. Der Stand ist erreicht. Jetzt gilt es diesen Stand zu halten.

Allerdings nicht um jeden Preis und auf Kosten der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Da muss viel verbessert werden. Ein großer Teil der Kürzungen, gerade im sozialen Bereich, muss unter Berücksichtigung der Haushaltslage auch wieder zurück genommen werden. Das werden wir beantragen.

(Ergebnis:)

Meine Damen und Herren,
ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.